



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Wie soll der Kampf um die Ostmark geführt werden? : Ein Nachwort zu den "Realpolitischen Betrachtungen" des Herrn C. C. in den vorjährigen Septemberheften der Grenzboten : (Schluß)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Befähigung für solche Stellungen durch Vererbung angesammelt werden könne aus dem, was jede einzelne Generation mit Hilfe städtischer Bildungsmittel und begünstigt von einer bessern Lage erwirbt, das glaubt er ja eben nicht. Es müssen also doch da unten trotz allen Abflusses immer noch Anlagen zurückbleiben, die später in die Stadt wandern werden, um die neu entstandnen Lücken auszufüllen. Und es ist nicht abzusehen, warum unter den Fabrikarbeitern solche Anlagen seltner sein sollten als unter den Bauern, da sie doch Sprößlinge der Bauern des vorigen Jahrhunderts sind, und zwar nach Ammon die begabtern Sprößlinge, denn gerade diese läßt er ja in die Stadt ziehn.

Ich bin weit entfernt davon, unsrer Gesellschaftsordnung einen Vorwurf daraus zu machen, daß oben nicht immer die rechten Männer auf dem rechten Platze stehen, und daß unten nicht wenige Talente unentfaltet bleiben. Was das erste anlangt, so giebt es eben in dieser Beziehung nichts vollkommnes, und was das zweite betrifft, so unterliegt die Gesellschaft demselben Gesetze wie die Natur, daß unzählige Samen zu Grunde gehen müssen, damit einige aufgehen können. Übrigens ist das nicht einmal durchweg für die unentfalteten Talente selbst ein Unglück, da ihnen das, was sie unter andern Umständen leisten könnten, meistens gar nicht zum Bewußtsein kommt, und da der Mensch in niedriger Stellung leichter glücklich wird als in hoher. Aber Ammon hat sich durch unverständige Angriffe auf die höhern Stände zu einer noch unverständigern Abwehr verleiten lassen, die nicht unkritisiert bleiben darf, weil sie ein falsches Bild von gesellschaftlichen Vorgängen entwirft, das dazu gemißbraucht werden kann, eine verkehrte Politik zu empfehlen.

(Fortsetzung folgt)



Wie soll der Kampf um die Ostmark geführt werden?

Ein Nachwort zu den „Realpolitischen Betrachtungen“ des Herrn C. C. in den vorjährigen Septemberheften der Grenzboten

(Schluß)



as zunächst den Rückgang in der Zahl der deutschen Bevölkerung Bosens betrifft, so beruht er auf zwei Umständen, auf der verhältnismäßig geringern Zahl der Geburten, und auf dem Uebelstand, daß neben der Auswanderung keine entsprechende Einwanderung hergeht.

Die geringere Zahl der Geburten erklärt sich schon genügend daraus, daß bei den Deutschen ein unverhältnismäßig großer Bruchteil den sogenannten

„bessern Ständen“ angehört, während umgekehrt bei den Polen ein sehr großer Prozentsatz dem niederen Volke zuzurechnen ist.

An der Auswanderung der Deutschen tragen zum Teil die hohen Preise der Posener Mietwohnungen die Schuld. Sie treiben den deutschen Arbeiter und besonders den kleinen Beamten, der nicht, wie der polnische Proletarier, daran gewöhnt ist, in einem dumpfen Keller zu hausen, hinaus in die Vororte. Welchen Umfang diese *secessio plebis* — an der sich übrigens auch manche „Patrizier“ beteiligt haben — angenommen hat, ist ersichtlich aus folgender dem städtischen Verwaltungsbericht für 1891 entnommenen Zusammenstellung.

„Die Vororte — heißt es da — haben in den rückliegenden fünf Jahren wie folgt an Einwohnern zugenommen:

	1885	1890	Zunahme	in Prozenten
Ferfiz	9434	11749	2315	24,54
St. Lazarus	671	2071	1400	208,65
Wilba	2707	4149	1422	53,26

welche Zunahme hauptsächlich auf Zuzug aus der Stadt Posen zurückzuführen ist.“

Der Nachteil, der hieraus für das kommunale Leben der Provinzialhauptstadt selbst entsteht, liegt auf der Hand. Die Sache hat aber auch eine politische Bedeutung. Die Vororte gehören zu den beiden Landkreisen Posen-Ost und Posen-West. Da nun in diesen die Polen — trotz der deutschen Einwanderung — noch immer eine gewaltige Mehrheit haben, so gehen (wenigstens bei den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus) alle diese deutschen Stimmen einfach verloren.

Aber es giebt noch einen tiefer liegenden Grund für die Auswanderung der Deutschen, der zugleich auch ihren Ersatz durch Einwanderung erschwert: dem Deutschen wird es heutzutage schwerer als dem Polen, in dem gewerblichen Leben unsrer Stadt und Provinz Beschäftigung zu finden. Wie kommt das? Ist er weniger fleißig und geschickt? Durchaus nicht, aber der Pole spricht in der Regel auch deutsch, der Deutsche dagegen fast niemals polnisch. Und doch werden in unsern deutschen Zeitungen Tag für Tag Stellen angeboten, für deren Erlangung die Kenntnis der polnischen Sprache zur Bedingung gemacht wird. Hier wird ein Kommiss gesucht, da eine Verkäuferin, dort ein Gutsinspektor usw., und immer heißt es „Polnisch sprechende Bewerber erhalten den Vorzug.“

Daraufhin wird nun vielfach den betreffenden Arbeitgebern der Vorwurf mangelnden Nationalitätsgefühls gemacht. Ganz mit Unrecht! Wer hierzu-lande mit dem großen Publikum arbeiten muß, also besonders der Gewerbetreibende, der kann ohne doppelsprachige Leute nicht auskommen, der Pole ebensowenig wie der Deutsche. Ich behaupte, es giebt in Posen keinen

polnischen Läden, wo ein deutscher Käufer nicht aufs höflichste in deutscher Sprache bedient wird. Dieselbe Rücksicht verlangt dann natürlich auch der Pole, wenn er in ein deutsches Geschäft kommt. Selbst die Behörden sind ja gezwungen, diesen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Deshalb sollte man denn auch z. B. der Postverwaltung keinen Vorwurf daraus machen, daß sie eine gewisse Anzahl polnischer Briefträger angenommen hat. Es geht ihr eben wie einem mir bekannten Gutsbesitzer, einem durch und durch deutschen Mann. Als man ihn tadelte, weil er einen Polen als Inspektor angestellt hatte, sagte er: „Was soll ich machen? Es muß doch jemand auf dem Gut sein, der sich mit den Arbeitern verständigen kann.“

Sa — warum lernen die Deutschen nicht Polnisch?*) Wäre es nicht besser, wenn z. B. auf der hiesigen Mittelschule, die doch den lokalen Bedürfnissen dienen soll, statt des völlig zwecklosen Englisch das Polnische gelehrt würde?

Die Hauptschwäche des hiesigen Deutschtums liegt jedoch, meines Erachtens, in der wirtschaftlich ungesunden Zusammensetzung seiner Elemente.

Posen ist bekanntlich eine Festung ersten Ranges mit einer gewaltigen Besatzung. Es ist zugleich Sitz der Provinzialregierung, des Oberlandesgerichts und vieler andern Behörden. Die Offiziere und die Beamten bilden daher einen überaus großen Bruchteil der deutschen Einwohnerschaft. Aber wie viele von diesen Offizieren und Beamten kommen denn dazu, in unsrer Stadt und Provinz heimisch zu werden, sich für ihr Wohl und Weh zu interessieren?

Vor Jahren war ein Oberlehrer aus der Provinz Sachsen an eins der hiesigen Gymnasien versetzt worden, das besonders von den Söhnen der Offiziere und Beamten besucht wird. Nachdem dieser Herr eine Zeit lang hier unterrichtet hatte, sagte er eines Tages zu mir: „Unter meinen Schülern sind die Polen die einzigen, die Posen als ihre Heimat betrachten.“

Die Bemerkung ist nur allzuwahr. Der Beamte, der Offizier, besonders in den höhern Stellen, ist ein Nomade, der heute sein Zelt am Ufer der Warthe aufschlägt, um es wieder abzubrechen, sobald er (wie der Ausdruck lautet) „seine fünf Jahre Posen abgefessen hat.“

In den mittlern und untern Stellen sind ja die Versetzungen nicht so häufig, und da kommt es denn auch oft genug vor, daß ein Beamter zwanzig, dreißig Jahre hier bleibt. Aber sobald er in den Ruhestand getreten ist, schüttelt auch er den Posener Staub (und daran haben wir ja Gott sei Dank keinen Mangel) von den Füßen und zieht anderswohin, an einen Ort, wo es angenehmer und vor allem billiger zu leben ist, z. B. Hirschberg oder Görlitz. Und ähnlich macht es auch der jüdische Kaufmann, Arzt oder Rechtsanwalt.

*) Früher lernten sie es, und jetzt könnten sie das um so eher thun, als doch seit 1866 und 1870 auch bei den Deutschen das Nationalgefühl weit stärker und die Gefahr der Polonisation entsprechend geringer geworden ist.

Sobald er ein ausreichendes Vermögen erworben hat, giebt er sein Geschäft auf und zieht nach Berlin. Dort darf er sich wenigstens als Mensch fühlen, während er hier außerhalb des Ghetto nur ausnahmsweise eine gesellschaftliche Stellung erlangen kann.

Was wir hier brauchen, das ist vor allem ein festhafter Mittelstand, ein kräftiges deutsches Bürgertum. Denn es sind — wie gesagt — nicht die Beamten, auf denen in erster Linie die wirtschaftliche Zukunft des Posener Deutschtums beruht, sondern die gewerblich schaffenden, produktiven Bürger.

Die Bildung und Erhaltung eines aufstrebenden Mittelstandes hängt aber natürlich in der Hauptsache von der Entwicklung der Erwerbsverhältnisse ab.

Leider hat sich — nicht ohne Mitschuld des Staates — das Posener Bürgertum von der gewerblichen Thätigkeit mehr und mehr abgewandt. Diese Art von Thätigkeit wird eben hierzulande nicht so hoch geschätzt, wie sie es in Anbetracht ihrer Wichtigkeit für das Gemeinwesen eigentlich verdient. Die Folge davon ist, daß der deutsche Posener Bürger, sobald er selbst etwas erworben hat, nichts Besseres zu thun weiß, als seine Söhne in die zwar weniger einträgliche, aber so viel höher geachtete Beamtenlaufbahn zu bringen — ganz im Gegensatz zum Polen, für den die preußische Beamtenkarriere begreiflicherweise weniger Anziehungskraft hat, und der es deshalb lieber sieht, wenn sich seine Söhne im Erwerbsleben als Ärzte, Rechtsanwälte, Kaufleute oder Industrielle eine Stellung erringen. Statt einzelne Fälle dieses unglückseligen Ganges der Deutschen (die mir übrigens zahlreich genug zu Gebote stehen) anzuführen, beschränke ich mich auf die Mitteilung folgender Zahlen, die dem „Statistischen Jahrbuch deutscher Städte“ (Breslau, 1896) entnommen sind. In diesem Bande wird u. a. untersucht, welche Unterschiede zwischen einzelnen größern deutschen Städten bestehen hinsichtlich der Bevorzugung humanistischer oder realistischer Schulbildung. Das Ergebnis ist folgendes: „Unter den (in dem betreffenden Aufsatz) behandelten dreiundvierzig größern deutschen Städten ist humanistische Vorbildung am meisten in — Posen gesucht. Hier entfallen von allen Schülern höherer Lehranstalten 75,9 Prozent auf die (humanistischen) Gymnasien. Dann folgt Königsberg mit 67,2 Prozent usw., endlich Hamburg mit 19 Prozent! Die Verschiedenheiten sind also von ganz außerordentlicher Bedeutung — beträgt doch der auf Posen entfallende Prozentsatz humanistisch vorgebildeter Schüler fast das Vierfache des für Hamburg sich ergebenden Betrags.“

Glückliches Posen! Mit welchem Stolz kannst du mit deinen 76 Prozent Humanisten auf das armselige Hamburg hinabsehen. Zwar diese Hamburger, man muß es ihnen lassen, entfalten auf dem wirtschaftlichen Gebiet eine staunen-erregende Thätigkeit, sie leisten jahraus jahrein eine Kulturarbeit, vor der unsre ganze Provinz Posen sich beschämt verkriechen muß — aber, aber, nur 19 Prozent Humanisten auf den höhern Schulen!

Doch ich bitte, mich nicht mißzuverstehen! Es fällt mir gar nicht ein

zu behaupten, dieses Überwiegen des Humanismus sei die Ursache unsers wirtschaftlichen Niedergangs — aber ein Symptom davon ist es ganz gewiß. Und auch das steht fest, daß wir da auf einer falschen Bahn sind, und daß es hohe Zeit wäre, die Verkehrtheit dieser Entwicklung einzusehen und ihr nach Möglichkeit entgegen zu wirken. Der Hauptanstoß zur Besserung muß freilich aus dem deutschen Bürgertum selbst kommen; es muß sich aufraffen aus der dumpfen Apathie, in die es verfallen ist. Aber zum Aufraffen gehört Vertrauen und Hoffnung, denn wo diese nicht vorhanden sind, da fehlt auch der Mut zur That. Es ist nötig, daß das deutsche Bürgertum das Vertrauen gewinnt, es werde endlich auch für unsern Osten in wirtschaftlicher Beziehung eine bessere Zeit anbrechen. Ihm dies Vertrauen oder wenigstens diese Hoffnung einzufößen, dazu ist vor allem die Staatsregierung selbst berufen. Aber nicht durch Worte würde sie dies zu leisten vermögen, sondern allein durch die That.

Was hat nun die Regierung bisher für die Hebung des städtischen Bürgerstandes in unsrer Provinz geleistet?

Selbst der Verfasser des kürzlich in diesen Blättern erschienenen Aufsatzes „Aus unsrer Ostmark“ — obwohl er sonst mit seiner Anerkennung staatlicher Leistungen nicht kargt — weiß darüber nur wenig zu vermelden: „Manches ist übrigens schon durch den Staat für den deutschen Nährstand der Städte geschehen, in Posen durch die Gründung der Baugewerkschule*) und die Eröffnung einer königlichen Gewerbe- und Haushaltungsschule für Mädchen, in Bromberg durch die Schaffung einer gewerblichen Fortbildungsschule.“ Aber das ist auch alles, was er anführen kann. Daß aber dies auch nicht im entferntesten genügt, um den oben erwähnten Zweck (die Hebung des Bürgertums) zu erreichen, das braucht doch nicht erst bewiesen zu werden.

Welches sind nun die Thaten und Leistungen der Regierung, die geeignet wären, dem deutschen Bürger zu neuem wirtschaftlichen Aufschwung die Bahn frei zu machen?

Zum Teil vermögen dazu gewisse Verwaltungsmaßregeln beizutragen, die alle von dem gemeinsamen Grundsatz diktiert sein müßten, auf dem wirtschaftlichen Gebiet zunächst die lokalen Interessen der wichtigeren Städte dieser Provinz zu fördern. Für die Stadt Posen besonders wären etwa folgende Maßregeln ins Auge zu fassen:

1. Die Einverleibung der Vororte. Der Haupteinwand gegen diese Änderung — die für die Stadt Posen dadurch eintretende Notwendigkeit, dann die für ihre Finanzen wichtige Schlachtsteuer aufzugeben — wird hinfällig von dem Augenblick an, wo der schon in der Anlage begriffene Schlacht- und Viehhof vollendet sein wird. Alles für den städtischen Verbrauch bestimmte Vieh wird in Zukunft nur dort geschlachtet werden dürfen, wodurch dann auch die Steuererhebung außerordentlich erleichtert wird.

*) Deren prächtiges Gebäude übrigens auf städtische Kosten errichtet worden ist!

2. Die Niederlegung der innern Umwallung — für unsre Stadt eine der ersten Vorbedingungen des Emporblühens. Während ich dieses schreibe, trifft die Nachricht ein, daß die Abtragung der Westseite (diese kommt für die künftige Ausdehnung der Stadt allein in Betracht) im Prinzip zugestanden sei.

Aber nun quält mich eine andre Sorge: Wird das dadurch zur Bebauung freiverdende Gelände nicht der Gegenstand einer wilden Grundstückspekulation werden? Dies müßte um jeden Preis verhütet werden. Vielleicht könnte dieses (und natürlich auch andres, geeignetes) Terrain auch dazu verwandt werden, deutsche Bürger und Beamte durch Erleichterung des Ankaufs hier sesshaft zu machen. Auch ließe sich für diese und ähnliche städtische Ansiedlungen möglicherweise sogar der so vielfach angefeindete Ansiedlungsfonds nutzbar machen, etwa in folgender Weise.

In Verbindung mit der Ansiedlungsbehörde wird eine Hypothekenbank errichtet, die städtische Grundstücke beleihet. Die von ihr so erworbenen Wertobjekte dienen als Fundirung der von ihr auszugebenden verzinslichen Hypothekencertifikate, deren Verzinsung sich eben aus den Zahlungen der Hypothekenschuldner ergibt. Nur mit solchen Certifikaten werden in Zukunft die angekauften Landgüter bezahlt. Da diese Certifikate — wie gesagt — verzinslich sind, so brauchen sie nicht sofort einlösbar zu sein, sondern dies erst in dem Maße zu werden, wie die Gelder für die draußen auf dem Lande verkauften Ansiedlungsstellen eingehen. Sollten nach Einführung dieses Systems nicht mehr genug Verkaufsangebote von polnischen Grundbesitzern vorliegen, so könnte man sich (noch mehr als bisher) auf den Ankauf deutscher Landgüter verlegen. Der Effekt wäre für die Schaffung von deutschen Bauernwirtschaften derselbe, aber der Ansiedlungsfonds würde sich nach zwei Seiten hin nützlich erweisen.

Als Maßregeln von allgemeinerer Bedeutung wären etwa folgende in Aussicht zu nehmen.

1. Die Hebung des Handwerkerstandes, z. B. durch Errichtung besondrer Handwerker- oder Volksbanken, namentlich aber auch durch Fachschulen. (Siehe unten!)

2. Die Verbesserung der Wasserstraßen, insbesondere die Vertiefung und bessere Instandhaltung des Flußkanals der Warthe.

3. Die Begünstigung des ganzen Ostens durch Differentialtarife, aber nicht nur für Güter, sondern auch für Personen.

Bekanntlich wurden die Differentialtarife für Getreide im Jahre 1892 abgeschafft, um die Zustimmung der Süd- und Westdeutschen zum russischen Handelsvertrag zu erlangen.

Solche Tarife*) sind aber wirtschaftlich wie eisenbahntechnisch eine durchaus

*) Ich meine natürlich nur Tarife für den inländischen Verkehr und nicht solche, die bloß zur Begünstigung des Exports nach dem Auslande dienen.

berechtigte Maßnahme. Ihre Aufhebung hat natürlich vorzugsweise die Landwirtschaft des Ostens geschädigt. Daß aber diese ein solches Opfer bringen mußte, das wäre doch nur dann billig und gerecht gewesen, wenn gerade sie von dem russischen Handelsvertrag besondere Vorteile zu erwarten gehabt hätte.

Es sind aber auch Differentialtarife für die Personenbeförderung zu erstreben, vielleicht in der Form, daß über eine gewisse Kilometerzahl hinaus der Fahrpreis keine weitere Steigerung erfährt. Dadurch würde für die Bewohner der östlichen Provinzen der große materielle Nachteil, der sich für sie aus der geographischen Lage ihrer Wohnsitze ergibt, bedeutend gemildert werden. Das bisherige System der Tarifierung legt gerade den Bewohnern des Ostens eine unverhältnismäßig hohe Eisenbahnsteuer auf; durch ihre Ermäßigung würde dem Deutschen, der hierher verschlagen wird, sein Loos erträglicher gemacht werden, denn jetzt ist die Versetzung nach Posen namentlich für viele der weniger bemittelten Beamten gleichbedeutend mit einer Verbannung.

Aber auch unsere Eisenbahnverbindungen müssen besser werden. Hamburg, Hannover, Kassel, Breslau — sie alle haben weit schnellere Verbindungen mit andern Mittelpunkten des Verkehrs, insbesondre mit Berlin.

4. Zweckmäßigere Einrichtungen auf dem Gebiet der Schule. Ich habe schon oben auf das Mißverhältnis hingewiesen, das in der Stadt Posen zwischen der Zahl der humanistisch und der realistisch vorgebildeten Schüler höherer Lehranstalten besteht. Noch greller tritt dieses Mißverhältnis hervor, wenn man sämtliche höhere Schulen der Provinz, soweit sie eine allgemeine und nicht bloß eine fachmäßige Bildung zu vermitteln bestimmt sind, zum Vergleich heranzieht. Da ergibt sich nämlich, daß auf je 100 Schüler dieser höhern Lehranstalten nicht weniger als 86,6 Humanisten kommen!

Nun mag man eine noch so hohe Meinung von dem Wert der klassischen Bildung haben — man wird doch zugeben müssen, daß es eine Verkehrtheit ist, sie allen aufzuzwingen, die überhaupt nach höherer Bildung streben. Und bei uns wird sie thatsächlich fast allen aufgezwungen, denn nur in zwei Städten (Bromberg und Posen) bestehen neben den humanistischen auch noch realistische Bildungsanstalten. Das sind doch keine gesunden Zustände! Die Überfüllung der studirten Berufe ist noch nicht einmal die schlimmste ihrer Folgen. Als solche betrachte ich vielmehr diese: wer das Gymnasium durchgemacht hat, besitzt — wie doch wohl allgemein zugestanden werden wird — die Grundlagen einer gelehrten Bildung. Aber eben deshalb hält er sich selbst eo ipso zu etwas „Höherem“ berufen, und dieses Höhere ist natürlich eine Stellung innerhalb der sogenannten „leitenden Kreise.“ Die Folge ist, daß im allgemeinen nur noch die Gymnasialschüler sich einem gewerblichen Beruf zuwenden, die auf dem Gymnasium nicht weiter kommen konnten — mit einem Wort, der Schund. Dadurch wird aber das Ansehen der produktiven Stände und Berufsarten noch mehr herabgedrückt. Dazu kommt dann noch der weitere

Nachteil, daß oft genug blühende gewerbliche Unternehmungen wieder eingehen oder in fremde (z. B. in polnische) Hände geraten, weil die studierten Herren Söhne des ursprünglichen Inhabers nicht in der Lage sind, das Geschäft weiter zu führen, und weil sich doch nicht immer in den Familien ein „Dummer“ vorfindet, der dazu noch zu brauchen ist.

Die Forderung müßte also dahin gehn, daß auch für die Bildungsbedürfnisse des höhern und mittlern Bürgerstandes ausreichender als bisher gesorgt würde, sowohl für sein Bedürfnis nach einer allgemeinen modernen Bildung (durch Errichtung von Realschulen), wie auch für sein Bedürfnis nach Fachbildung (durch Gründung von technischen und Fachschulen.)

Als Krönung dieses ganzen Gebäudes denke ich mir und wünsche ich für die Provinz Bosen eine Hochschule.

Als die Rheinlande mit Preußen vereinigt wurden, als Elsaß-Lothringen für Deutschland wieder errungen war — da erkannte man sofort die Notwendigkeit, die Bevölkerung der neuen Gebietsteile vor allem auch für die Beteiligung an der geistigen Entwicklung des großen Ganzen zu gewinnen. Auch in unsrer Provinz muß es ein deutsches Kulturzentrum geben, eine Hochburg deutscher Kunst und Wissenschaft, durch die es auch dem gebildeten Slawentum fortwährend zum Bewußtsein gebracht wird, daß unsre Macht nicht bloß auf den Kanonen und Bajonetten beruht, sondern daß sie die Frucht einer mehr als tausendjährigen Geistesarbeit ist.

In welcher Stadt soll diese Hochschule errichtet werden?

Nirgends anders als in Bosen selbst.*) Ich weiß, daß man gegen die Wahl dieses Ortes diese und jene Gründe ins Feld führen kann. Für mich ist jedoch folgende Erwägung ausschlaggebend.

Die Stadt Bosen ist in Bezug auf die Nationalitätenfrage weitaus der wichtigste Punkt im ganzen Osten. Dieser Punkt muß unter allen Umständen wiedergewonnen werden — ich sage „wiedergewonnen,“ denn er ist schon halb verloren. Nun wohl! Wir haben viele Millionen für strategische Eisenbahnen ausgegeben — so opfere man denn auch einmal einige Millionen für eine aus nationalstrategischen Rücksichten gegründete Hochschule. An dem Tage, wo wir sagen können: Bosen ist eine deutsche Stadt, an dem Tage haben wir einen Sieg gewonnen, der an Bedeutung kaum hinter dem von Königgrätz zurücksteht.

5. Eine hochwichtige Frage für unsre Provinz sind endlich die Handels- und Verkehrsbeziehungen zu unserm östlichen Nachbar. Zwar besteht zur Zeit ein Handelsvertrag mit Rußland; daß wir ihn aber in sechs Jahren noch haben werden, wer möchte darauf schwören? Tritt aber zwischen beiden Reichen

*) Ich halte es nicht für überflüssig zu bemerken, daß ich zu den städtischen Behörden Bosens in gar keiner amtlichen Beziehung stehe. Ich bin königlicher Beamter und nehme an diesen Dingen kein persönliches, sondern nur ein sachliches Interesse.

das frühere Verhältnis gegenseitiger Absperrung durch übermäßige Zölle wieder in Kraft, dann wird, wie ich fürchte, die Entwertung des Großgrundbesitzes auf die Dauer zwar auch nicht verhindert, der industrielle Aufschwung der Provinz aber sicherlich im Keime erstickt werden. Schafft man dagegen eine blühende Industrie, so wird das Land, das noch viele Tausende von Bewohnern ernähren könnte, dichter bevölkert werden, und dann kann auch der Landwirt für seine Erzeugnisse auf bessere Absatzbedingungen rechnen.

Daß manche der hier empfohlenen Maßnahmen auch den Polen zu gute kommen würden, kann um so weniger davon abschrecken, da es ja doch auf deren wirtschaftlichen Ruin gar nicht abgesehen ist, sondern nur darauf, deutsches Kapital, deutsche Intelligenz und Thatkraft in größerem Maße als bisher für unsre Provinz zu erhalten und von auswärts herbeizuziehen.

Zum Schluß noch einige allgemeine Bemerkungen. Es bedarf keines Beweises, daß es für Deutschland wünschenswert wäre, hier an der gefährdeten Ostgrenze eine geschlossene national-deutsche Bevölkerung zu haben. Aber sie ist nun einmal nicht vorhanden und wird sich auf künstliche Weise weder durch Güte noch mit Gewalt schaffen lassen. Der Gedanke, die Polen in Masse zu germanisiren, ist unter den heutigen Verhältnissen — wir leben in einem Verfassungsstaat und stehen einem scharf ausgeprägten Nationalbewußtsein gegenüber — nichts weiter als eine Utopie. Die Politik aber hat mit Utopien nichts zu thun, sie erstrebt überhaupt nicht das Wünschenswerte, sondern vor allem das Notwendige. Das Notwendige ist aber nicht, das Polentum auszurotten, sondern dafür zu sorgen, daß das deutsche Element ihm an Zahl einigermaßen gewachsen, an Besitz und Bildung überlegen bleibt.

Auch das ist schon ein sehr hohes Ziel, bei dessen Verfolgung man gar leicht auf Abwege geraten kann. Die Gefahr liegt — wie mir scheint — besonders darin, daß man zu viel auf einmal erreichen will: Qui trop embrasse, mal étreint. Vielleicht würden die Erfolge besser sein, wenn man sich das Ziel etwas niedriger steckte und seine Kräfte zunächst auf einige wichtige Punkte richtete. Als solche besonders wichtigen Punkte möchte ich wieder und wieder die Städte hervorheben. In ihnen dem deutschen Elemente zum entschiednen Übergewicht zu verhelfen, das liegt wenigstens im Bereich der Möglichkeit. Sind aber erst einmal die fünf oder sechs wichtigsten Städte der Provinz überwiegend deutsch, dann ist dem politischen Polentum und seinen Sonderbestrebungen das Rückgrat gebrochen, und was alle materielle Fürsorge der Regierung bisher nicht erreicht hat, nämlich die Polen wenigstens zu guten Preußen zu machen, das bewirkt dann vielleicht die Hoffnungslosigkeit.

